

## **Bildungsurlaub in Sachsen: 55.000 Unterschriften für den Wandel**

Ein Bündnis übergibt in Sachsen 55.000 Unterschriften für ein Bildungsurlaubsgesetz. Jetzt liegt es am Parlament.

In Sachsen ist ein bedeutender Schritt in Richtung Bildungsurlaub gemacht worden. Ein Bündnis, das sich für die Einführung von Bildungsurlaub im Freistaat stark macht, hat beeindruckende 55.000 Unterschriften gesammelt und diese der sächsischen Landtagspräsidentin Matthias Rößler übergeben. Diese hohe Anzahl an Unterschriften ist das Ergebnis intensiver Arbeit von vielen Ehrenamtlichen, die sich mit vollem Einsatz für den Volksantrag eingesetzt haben. „Wir haben die geforderte Zahl von 40.000 Unterschriften nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen“, erklärte die Landeschefin der Grünen, Christin Furtenbacher.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung für Bildungsfreistellungen ist in Sachsen besonders relevant, da der Freistaat nach wie vor gemeinsam mit Bayern das einzige Bundesland in Deutschland ist, das keinen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub kennt. Dies bedeutet, dass viele Arbeitnehmer nicht von der Möglichkeit profitieren können, sich für berufliche oder persönliche Weiterentwicklung, wie Weiterbildung oder Qualifikationen, freistellen zu lassen. „Es ist höchste Zeit, dass Sachsen in dieser Hinsicht aufholt“, fügte Furtenbacher hinzu.

### **Der Weg zum Bildungsurlaub**

Der gesammelte Volksantrag „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ entstand aus einem Zusammenschluss unterschiedlicher

Gruppen, darunter Gewerkschaften, Parteien sowie kirchliche und soziale Träger. Seit September haben die Initiatoren vor allem in ihrer Freizeit unermüdlich Unterschriften gesammelt, um ihren Vorschlag voranzutreiben. Die nun eingereichten Unterschriften werden zunächst auf ihre Zulässigkeit geprüft und könnten eventuell zu einer Gesetzesinitiative im Landtag führen.

„Der Ball liegt nun im Parlament. Die Bürgerinnen und Bürger haben deutlich gemacht, dass sie einen Anspruch auf fünf Tage bezahlte Bildungsfreistellung für Beschäftigte fordern“, betonte Daniela Kolbe, Vertrauensperson des Volksantrages. Diese 55.628 bestätigten Unterschriften sind nicht nur ein eindrucksvolles Zeichen des öffentlichen Interesses, sondern auch ein klarer Aufruf an die künftigen Abgeordneten, sich mit der Thematik ernsthaft auseinanderzusetzen. Kolbe hebt hervor, dass die gewählten Vertreter sich der Debatte nicht entziehen können und ernsthaft mit dem Anliegen umgehen müssen. „Wir erwarten eine gewissenhafte und zügige Beratung des Gesetzentwurfs“, fügte sie hinzu.

## **Die Herausforderung eines Volksbegehrens**

Wenn der Landtag den Gesetzentwurf ablehnt, haben die Antragsteller die Möglichkeit, ein Volksbegehren in die Wege zu leiten. Das bedeutet, dass weitere 450.000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten gesammelt werden müssten, um die Bürger zur Abstimmung über das Thema einzuladen. Ein erfolgreicher Volksentscheid könnte somit einen entscheidenden Einfluss auf die Bildungsmöglichkeiten vieler Sachsen haben.

Die aktuelle Bewegung für Bildungsurlaub in Sachsen könnte auch als Teil eines größeren Trends verstanden werden, der in der gesamten Bundesrepublik zu beobachten ist: Das Streben nach besseren Arbeitsbedingungen und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben. In vielen Bundesländern gibt es bereits Regelungen, die den Arbeitnehmern einen Anspruch auf Bildungsurlaub zugestehen

und ihnen die Möglichkeit bieten, sich weiterzubilden, ohne sich um finanzielle Einbußen sorgen zu müssen.

Der Vorstoß in Sachsen könnte somit nicht nur für die lokalen Arbeitnehmer von großer Bedeutung sein, sondern auch für andere Bundesländer, die ähnliche Initiativen in Erwägung ziehen. Der Druck auf die sächsischen Abgeordneten wächst, und die Zeit läuft, um diesen sozialen und bildungspolitischen Wandel zu gestalten.

## **Ein wichtiges Thema für die Zukunft**

Die Diskussion um Bildungsurlaub ist nicht nur ein Thema für Arbeitnehmer, sondern betrifft auch die künftige Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Qualifizierte und gut ausgebildete Arbeitnehmer sind entscheidend für das Wachstum und die Innovationskraft des Landes. Ein Gesetz, das Bildungsurlaub ermöglicht, könnte daher nicht nur den einzelnen Beschäftigten zugutekommen, sondern auch langfristig den gesamten Wirtschaftsstandort Sachsen stärken.

## **Der Kontext des Bildungsurlaubs in Deutschland**

In Deutschland ist die Regelung zum Bildungsurlaub (oder Bildungsfreistellung) ein bedeutendes Thema der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Während viele Bundesländer bereits entsprechende Gesetze eingeführt haben, finden sich in Sachsen und Bayern die bemerkenswerten Ausnahmen. Der Bildungsurlaub ist rechtlich festgelegt, um Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, sich fünf Tage im Jahr für Fortbildungs- oder Bildungsmaßnahmen freistellen zu lassen, ohne dass dadurch Gehaltseinbußen entstehen. Diese Regelung soll nicht nur die individuelle Weiterbildung fördern, sondern auch die Qualifikation und Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitnehmer stärken. Sie wird insbesondere in den Bereichen der politischen Bildung, Sprachen oder beruflicher Weiterbildung in Anspruch

genommen.

Insgesamt haben bereits 14 Bundesländer ein solches Gesetz zum Bildungsurlaub implementiert, wodurch der Bildungsstandort Deutschland auch im internationalen Vergleich attraktiver bleibt. Den rechtlichen Rahmen für die Nutzung von Bildungsurlaub stellt das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) dar, welches in den meisten Bundesländern verabschiedet wurde. Bildungsurlaube können durch die alle Bundesländer verpflichtenden Bedingungen vielfältig genutzt werden, was die Nachfrage nach diesen Regelungen unter den Beschäftigten erhöht. Insbesondere in Zeiten des technischen Wandels und der globalen Erwärmung sehen viele Arbeitnehmer die Notwendigkeit, sich ständig weiterzubilden und anzupassen.

## **Unterstützung durch Gesellschaft und Institutionen**

Das Bündnis, welches die Unterschriften für den Volksantrag gesammelt hat, umfasst verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Institutionen. Gewerkschaften wie die ver.di und die IG Metall, Parteien wie die Grünen und die Linken, sowie kirchliche und soziale Träger setzen sich für die Einführung des Bildungsurlaubs ein. Diese breite Unterstützung zeigt das gewachsene Interesse an einer Gesetzgebung, die den Bildungshorizont der sächsischen Beschäftigten erweitern könnte.

Die bereits gesammelten Unterschriften zeigen, dass es einen stark ausgeprägten Wunsch seitens der Bevölkerung gibt, die Möglichkeit zur Weiterbildung zu stärken. Der politische Druck auf die derzeitige Landesregierung wird durch die geäußerten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger unterstrichen. Die effektive Umsetzung eines solchen Gesetzes könnte nicht nur auf individueller Ebene, sondern auch gesellschaftlich zu mehr Chancengleichheit und Teilhabe an Bildung führen. Laut einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) empfinden viele Befragte, dass Weiterbildung und lebenslanges Lernen

essenziell für den Erfolg im Berufsleben sind.

## **Gemeinsame Interessen und zukünftige Perspektiven**

Die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes in Sachsen könnte verschiedene positive Effekte mit sich bringen. Neben der persönlichen Weiterbildung könnten Unternehmen von höher qualifizierten Arbeitnehmern profitieren. Dies würde nicht nur die Innovationskraft in Industrie und Handwerk stärken, sondern auch zur Sicherung von Fachkräften in einem sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt beitragen. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern die Möglichkeit zur Weiterbildung bieten, könnten auch in der Folge eine höhere Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung verzeichnen, was sich langfristig positiv auf die Produktivität auswirkt.

Des Weiteren könnte eine Einführung des Bildungsurlaubs in Sachsen auch als Signal für andere Bundesländer wirken, um ähnliche Bestrebungen in Hinblick auf Bildungsfreistellung zu untersuchen oder zu reformieren. Der gesellschaftliche Diskurs über Bildung und deren Zugänglichkeit wird zunehmend wichtiger, und Sachsen könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen, die nicht nur den Freistaat betrifft, sondern auch bundesweit ein Zeichen setzt.

Für weitere Informationen über die aktuelle Politik in Bezug auf Bildungsurlaub in Deutschland besuchen Sie die Website des **Deutschen Gewerkschaftsbundes**.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**